



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

## **PRESSEKONFERENZ**

**Donnerstag, 2. März 2006**

### **EINLEITENDE BEMERKUNGEN**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie zu unserer Pressekonferenz willkommen heißen und Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Premierminister Juncker, und Kommissar Almunia teilnahmen.

Wir haben auf der heutigen Sitzung beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte anzuheben. Dieser Beschluss spiegelt die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität wider, die wir auf der Grundlage sowohl unserer wirtschaftlichen als auch unserer monetären Analyse festgestellt haben. Die Zinsanpassung wird dazu beitragen sicherzustellen, dass die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik weiterhin einen Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann. Sowohl die nominalen als auch die realen Zinssätze sind über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg immer noch sehr niedrig, und unsere Geldpolitik bleibt akkommodierend. Dieser geldpolitische Kurs spiegelt unsere derzeitige Einschätzung wider, doch werden wir auch weiterhin alle Entwicklungen im Hinblick auf Risiken für die Preisstabilität genau beobachten.

Lassen Sie mich unsere Einschätzung näher erläutern und mit der **wirtschaftlichen Analyse** beginnen.

Nach der Vorausschätzung von Eurostat belief sich das Wachstum des realen BIP im Eurogebiet im vierten Quartal 2005 gegenüber dem Vorquartal auf 0,3 %. Diese Rate war beträchtlich niedriger als der im dritten Quartal verzeichnete kräftige Anstieg von 0,6 %. Berücksichtigt man jedoch die kurzfristige Volatilität und betrachtet man die jüngsten Wirtschaftsindikatoren und Umfrageergebnisse, so deuten die verfügbaren Informationen darauf hin, dass sich die Konjunktur bessert. Dementsprechend dürften auf kurze Sicht kräftigere Wachstumsraten zu erwarten sein, was auch verschiedene indikatorbasierte Schätzungen zeigen.

Mit Blick auf die Zukunft sind die Voraussetzungen für eine anhaltende wirtschaftliche Expansion im Euroraum weiterhin gegeben. Das außenwirtschaftliche Umfeld ist nach wie vor günstig und stützt die Exporte des Eurogebiets. Die Investitionen dürften hoch bleiben und von der ausgedehnten Phase sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, von Bilanzrestrukturierungen, Ertragszuwächsen und Effizienzsteigerungen der Unternehmen profitieren. Das Konsumwachstum sollte im Einklang mit der Entwicklung des verfügbaren Realeinkommens vor dem Hintergrund einer sich allmählich verbessernden Lage am Arbeitsmarkt im Zeitverlauf ebenfalls zunehmen.

Die von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom März haben zusätzliche Informationen für unsere Analyse der Konjunkturaussichten geliefert. Diese Projektionen gehen für die Jahre 2006 und 2007 von einem durchschnittlichen Jahreswachstum des realen BIP zwischen 1,7 % und 2,5 % bzw. 1,5 % und 2,5 % aus. Diese Ergebnisse stellen eine leichte Aufwärtskorrektur gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen vom Dezember 2005 dar, in der sich vor allem die im Projektionszeitraum etwas günstigeren Perspektiven für private Investitionen niederschlagen. Die jüngsten Prognosen internationaler und privater Organisationen zeichnen ein weitgehend ähnliches Bild. Risiken für diese Wachstumsaussichten ergeben sich nach Auffassung des EZB-Rats in erster Linie aus der Ölpreisentwicklung und globalen Ungleichgewichten.

Was die Preisentwicklung angeht, so belief sich die jährliche Teuerung nach dem HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Februar 2006 auf 2,3 % gegenüber 2,4 % im Januar. Auf kurze Sicht dürften die Inflationsraten bei über 2 % verharren, wobei das tatsächliche Niveau stark von der künftigen Entwicklung der in jüngster Zeit sehr volatilen Energiepreise abhängt. Auf längere Sicht ist zu erwarten, dass Änderungen der administrierten Preise und indirekten Steuern die Inflation 2006 und 2007 merklich beeinflussen werden; auch von den indirekten Auswirkungen zurückliegender Ölpreissteigerungen dürfte ein Aufwärtsdruck ausgehen. Gleichzeitig hat sich die Lohnentwicklung in jüngster Vergangenheit in Grenzen gehalten. Wir gehen davon aus, dass dies nicht zuletzt aufgrund des hohen globalen Wettbewerbsdrucks auch künftig der Fall sein wird – vor allem im verarbeitenden Gewerbe. Die moderate Lohnentwicklung hat dazu beigetragen, den inländischen Preisdruck trotz starker Ölpreisanstiege einzudämmen. Mit Blick auf die Zukunft ist es daher von entscheidender

Bedeutung, dass die Tarifpartner auch bei einem günstigeren wirtschaftlichen Umfeld weiterhin ihrer Verantwortung in diesem Zusammenhang gerecht werden.

Weitere Erkenntnisse im Hinblick auf unsere Einschätzung der Aussichten für die Preisentwicklung ergeben sich aus den im März von Experten der EZB erstellten Projektionen. Danach wird prognostiziert, dass die HVPI-Jahresinflation 2006 in einer Spanne von 1,9 % bis 2,5 % und 2007 zwischen 1,6 % und 2,8 % liegen wird. Verglichen mit den im Dezember 2005 von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen bedeutet dies eine leichte Aufwärtskorrektur des HVPI-Inflationsprofils für die kommenden Jahre. Diese ist - im Einklang mit den Markterwartungen - hauptsächlich auf eine höhere Ölpreisprognose zurückzuführen.

Die Aussichten für die Preisentwicklung sind nach wie vor mit Aufwärtsrisiken behaftet. Hierzu zählen weitere Ölpreissteigerungen, ein stärker als derzeit erwartetes Durchschlagen der gestiegenen Ölpreise auf die Verbraucherpreise, zusätzliche Erhöhungen bei den administrierten Preisen und indirekten Steuern und - noch entscheidender - eine dynamischer als erwartet ausfallende Lohn- und Preisentwicklung aufgrund von Zweitrundeneffekten im Zusammenhang mit vergangenen Ölpreiserhöhungen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so hat sich der EZB-Rat erneut eingehend mit der Beurteilung der monetären Entwicklung befasst. Die Jahreswachstumsrate von M3 ist nach wie vor robust, wenngleich es Anzeichen gibt, dass offenbar erneut eine Umkehrung früherer Portfolioumschichtungen zugunsten monetärer Anlageformen eingesetzt hat; dies wirkt sich dämpfend auf das statistisch ausgewiesene M3-Wachstum aus. Von den kurzfristigen Auswirkungen eines solchen Umschichtungsprozesses abgesehen bleibt die Trendrate der monetären Expansion jedoch kräftig und spiegelt den stimulierenden Einfluss des niedrigen Zinsniveaus wider. Zudem hat sich die Jahreswachstumsrate der Kreditvergabe an den privaten Sektor in den vergangenen Monaten weiter erhöht; die Kreditaufnahme der privaten Haushalte, insbesondere die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, sowie die Kreditaufnahme der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften nahmen kräftig zu. Insgesamt weist das starke Geldmengen- und Kreditwachstum angesichts der üppigen Liquiditätsausstattung im Euro-Währungsgebiet auf mittel- bis längerfristige Risiken für die Preisstabilität hin.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die jährlichen Inflationsraten den Prognosen zufolge 2006 und 2007 weiterhin auf hohem Niveau liegen werden, und die wirtschaftliche Analyse deutet darauf hin, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht nach wie vor mit Aufwärtsrisiken behaftet ist. In Anbetracht des starken monetären Wachstums und der reichlichen Liquiditätsausstattung wird durch die **Gegenprüfung** des Ergebnisses der wirtschaftlichen Analyse anhand des Ergebnisses der monetären Analyse bestätigt, dass die Aufwärtsrisiken im Hinblick auf die Preisstabilität überwiegen.

Eine Anpassung der Zinssätze war daher angebracht. Der EZB-Rat trägt durch sein rechtzeitiges Handeln dazu bei, die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen im Einklang mit der Preisstabilität zu halten, und unterstützt dadurch auch weiterhin ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der EZB-Rat wird nach wie vor alle Entwicklungen genau beobachten, um sicherzustellen, dass die Risiken für die Preisstabilität nicht eintreten.

Im Bereich der **Finanzpolitik** werden im Euro-Währungsgebiet insgesamt weiterhin nur langsam Fortschritte bei der Erreichung einer soliden Haushaltslage erzielt, wobei einige Länder beabsichtigen, während des Zeitraums, auf den sich ihre Stabilitätsprogramme beziehen, einen nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalt beizubehalten oder zu erzielen. Eine Reihe von Ländern melden nach wie vor erhebliche Haushaltsungleichgewichte, und in einigen dieser Länder entsprechen die Konsolidierungsanstrengungen trotz der sich verbessernden Wachstumsaussichten kaum den Mindestanforderungen des geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakts. Gleichzeitig überschattet die durch die Überalterung der Bevölkerung bedingte Belastung der öffentlichen Haushalte die langfristigen Haushaltsaussichten der meisten Euro-Länder. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, dass die Länder eine entschlossenere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verfolgen und hierzu, soweit erforderlich, konkrete und effektive Maßnahmen einleiten. Diese Konsolidierungsanstrengungen werden leichter zum Erfolg führen, wenn sie in ein umfassendes Reformprogramm eingebettet sind, das den Weg für die langfristigen finanzpolitischen Herausforderungen ebnet. Dies wird die Glaubwürdigkeit des geänderten Pakts erhöhen und Vertrauen in ein solides und wachstumsförderndes finanzpolitisches Umfeld schaffen.

Auch in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik muss den übergreifenden Folgen der Bevölkerungsalterung Rechnung getragen werden. Angesichts dieser demografischen Effekte sind umfassende **Strukturreformen** an den Arbeits- und Gütermärkten sowie die Schaffung eines günstigen und wettbewerbsfördernden Unternehmensumfelds zentrale Voraussetzungen, um das Potenzialwachstum steigern und die Beschäftigungsquoten erhöhen zu können. Der Vollendung des europäischen Binnenmarkts einschließlich des Dienstleistungsmarkts sollte dabei Vorrang eingeräumt werden. Angebotsseitig sind am Arbeitsmarkt Reformen der Steuer- und Sozialleistungssysteme unabdingbar, um stärkere Anreize zum Verbleib im bzw. zum Eintritt in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Nachfrageseitig müssen die Lohnflexibilität erhöht und die verkrusteten Strukturen am Arbeitsmarkt aufgebrochen werden. Überdies sind bessere Aus- und Fortbildungssysteme wichtig für die Entwicklung des Humankapitals. Auf seiner nächsten Sitzung am 23. und 24. März 2006 wird der Europäische Rat die bei der Umsetzung der im letzten Jahr neu ausgerichteten Lissabon-Strategie erzielten Fortschritte prüfen. Wir unterstützen die von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat ergriffenen Initiativen zur Wiederbelebung dieses Reformprozesses mit Nachdruck.

In der vollständigen und wirksamen Durchführung der erforderlichen Reformen liegt der Schlüssel für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg der Europäischen Union.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Europäische Zentralbank**  
Direktion Kommunikation  
Abteilung Presse und Information  
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404  
Internet: [www.ecb.int](http://www.ecb.int)  
**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**